

Brandschutz in Hochhäusern

Im Zuge der Diskussion über die Abschaffung des einschlägigen Paragraphen des steirischen Baugesetzes bezüglich der brandschutztechnischen Aufrüstung von Hochhäusern möchte ich mich als Betroffener zu Wort melden: Nachdem ich selbst Bautechniker bin, habe ich mir bewusst eine Wohnung gekauft, welche bereits in einem brandschutztechnisch sanierten Hochhaus liegt. Ich erachte es als absolut notwendig, mich gerade in einem Hochhaus auch im Brandfall ohne größere Verletzungen in Sicherheit bringen zu können. Ich fordere daher alle Verantwortlichen auf, den Wahnsinn bezüglich Abschaffung der Aufrüstmöglichkeit von alten Hochhäusern zu verhindern.

Robert Haugeneder, Graz

Thema Eurofighter

Tolle Leistung, Herr Minister! Statt 18 höherwertiger „Volkswagen“, die gerade noch die von Ihrer Partei so hoch geschätzte Neutralität hätten schützen können, 15 „Skoda“ herauszuverhandeln, die mit Mühe einen Bürozeitenbetrieb aufrecht erhalten können und durch höhere Wartungskosten im Endeffekt dem Steuerzahler teurer kommen werden. Das als Verhandlungserfolg zu verkaufen ist auch für österreichische Verhältnisse ein starkes Stück. Sie sind schon ein Minister (Diener), Herr Darabos, aber nicht einer des Volkes, sondern einer Ihrer Partei!

Harald Hagenhofer, Graz



Ihre Leserbriefe richten Sie bitte an
WERNER SUPPER leserforum@kleinezeitung.at
Fax: 0316/875-4034
per Post an Kleine Zeitung Leserbriefe,
Schönaugasse 64, 8010 Graz

Bitte geben Sie immer Ihre genaue Wohnanschrift
und Telefonnummer an

www.kleinezeitung.at/reporter



„Die Rosenernte in meinem Garten ist leider fürs Erste vorbei“, schreibt die Fotografin – und möchte unsere Leser ein wenig an ihrer Freude an den Blumen teilhaben lassen.

LESER-REPORTER. Dieses Foto übermittelte uns Leser-Reporterin **Rosa Gspandl** aus Graz. Wir danken herzlichst!
Werden auch Sie Leser-Reporter: SMS/MMS: **0699 1 875 875 0**
E-Mail: reporter@kleinezeitung.at, Internet: www.kleinezeitung.at/reporter

LESERBRIEF ZUR EU-DEBATTE

Volksentscheid über EU-Verfassung

Oft hört man von Verfechtern der EU-Verfassung, diese könne man doch gar nicht ablehnen, wenn man den genauen Inhalt nicht kenne und darum dürfe es keine Volksabstimmung darüber geben. Was für eine demokratiefeindliche Einstellung!

Wer von den EU-Anhängern hat 1994 den EU-Beitrittsvertrag wirklich gelesen? So gut wie niemand! Wie konnten also die damaligen EU-Befürworter bei der Volksabstimmung ihr Kreuzerl beim „Ja“ machen, wenn sie doch den Inhalt des EU-Vertrages gar nicht konnten? Um es auf den Punkt zu bringen: Man braucht die EU-

Verfassung nicht gelesen zu haben, um diese abzulehnen! Ganz einfach deshalb, weil eine Verfassung die rechtliche Basis für einen Staat bildet. Wer einen EU-Staat ablehnt, wird folglich auch die EU-Verfassung ablehnen, unabhängig davon, was diese beinhaltet.

Wenn man sie liest, wird man in der Ablehnung zusätzlich bestärkt. Man denke nur an die darin enthaltene Aufrüstungsverpflichtung „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. I-41,3).

Elfriede Stempfer, Wien

Strahlendes WLAN für Graz?

Zu „Rein ins Netz“ vom 24. 6.

Was soll man davon halten? Die Stadt Frankfurt verbietet WLAN an allen Schulen, ebenso eine kanadische Universität auf dem gesamten Campus, der Bayerische Landtag gibt eine ebensolche Empfehlung für Schulen ab, Studenten der TU München müssen wegen WLAN ihr Studium abbrechen und in England wurden kürzlich nach einer BBC-Sendung reihenweise solche Funkanlagen demontiert – und bei uns wird die ganze Stadt mit WLAN zugestrichelt? ... Da muss man sich fragen, ob für den Obmann der Jungen ÖVP und seine SPÖ-Kollegen nur der Fun-Faktor des mobilen Internet zählt oder ob in ihrer politischen Verantwortung auch unsere Gesundheit einen Stellenwert hat ... Es ist demokratiepolitisch unverantwortbar, wie mit Mobilfunkstrahlung umgegangen wird.

DI Ingrid Grubauer, Graz

Arbeitsloser Lehrer gesucht

Wir haben eine kleine Schule mit drei Klassen in Edelstauden und nur durch Engagement den dritten Lehrer halten können. Da es in den kommenden zwei Jahren besonders viele Schulanfänger gibt, stellt sich die Frage der Klassenzusammenlegung. Da es keine wirklich gute Lösung für die Kinder gibt, wünsche ich mir für Edelstauden einen der knapp 30 Lehrer, die im Herbst keine Arbeit mehr haben werden. Ob der Lehrer für das Arbeitslosengeld oder für das Gehalt unterrichtet, spielt keine große Rolle. In beiden Fällen kommt das Geld von uns Eltern.

Eduard Luttenberger, Heiligenkreuz

Zur Ortstafelproblematik

Warum führt man nicht einfach – wie von Jörg Haider gefordert – eine Minderheitenzählung in den besagten Gebieten durch? Man kann doch nicht ohne System und mit veralteten Daten irgendwo Ortstafeln aufstellen. Die letzte Minderheitenfeststellung liegt schon Jahrzehnte zurück und ist folglich nicht mehr aktuell. Dann kann man mit genauen und aktuellen Daten die Topografieordnungen festlegen.

Marc Pommer-Gutschy, St. Peter

LIEBE IST ...



... was du am meisten vermisst.